



FRIEDENSDEMONSTRANTEN
IN MOSKAU, MÄRZ 2015

Das Minsker Abkommen bietet die Hoffnung auf ein Ende des Blutvergießens und auf Friedensverhandlungen. Ob die Beschlüsse allerdings zum dauerhaften Schweigen der Waffen führen werden, ist unsicher.

Die gegenseitigen Sanktionen haben die Beziehungen im eurasischen Raum schon jetzt schwer beschädigt. Ebenso können wechselseitige Beschuldigungen Anlass zu unfriedlichen Eskalationen geben. Deshalb bedarf es einer beständigen gesellschaftlichen Unterstützung, um Konfrontation in Kooperation zu wandeln. Die Ukraine darf nicht länger Zankapfel bleiben, sondern muss zur Brücke zwischen West und Ost werden.

Für den Ukraine-Konflikt boten die Heterogenität der Bevölkerung, die große Macht der reichen Oligarchen, die unterschiedlichen historischen, religiösen, kulturellen und ethnischen Bindungen einen hervorragenden Nährboden. Doch sie waren nicht die Ursache für die blutigen

Kooperation statt Konfrontation

Ukraine – Brücke zwischen West und Ost

Kämpfe in der Gegenwart. Wer glaubte, der West-Ost-Konflikt sei mit dem Zerfall der UdSSR beendet, der irrte. Nach wie vor stehen sich zwei atomare Großmächte mit Overkill-Potentialen gegenüber. Der Westen, angeführt von den USA, hatte bislang in jeder Hinsicht eine unipolare Machtstellung, die er in Kriegen in Afghanistan und im Irak und in Bemühungen um einen Regime-Wechsel im Iran auszunutzen versuchte. Was den Kontrahenten Russland betraf, kündigten die USA Verträge der Stabilisierung auf, nahmen ehemalige Ostblockstaaten in die NATO auf und erweiterten ihre Fähigkeiten zur Raketenabwehr. Russland empfand dies sicher als bedrohlich und suchte Rückhalt in Kooperationen mit den aufsteigenden Staaten, die dabei sind, aus der unipolaren eine multipolare Welt zu machen.

Wladimir Putin wollte die Expansion der NATO stoppen. Eine erste Lektion in dieser Hinsicht war der Konflikt zwischen Georgien und Russland um Abchasien und Süd-Ossetien im Jahr 2008. Ein Warnsignal, das im Westen anscheinend nicht genügend ernst genommen wurde. Als nun die westliche Staatengemeinschaft versuchte, die Ukraine zu einer wirtschaftlichen Kooperation zu bewegen, dem höchstwahrscheinlich ein NATO-Beitritt folgen sollte, ging es Russland ans Eingemachte. Sewastopol auf der Krim ist der zentrale Stützpunkt der russischen Flotte. Würde er militärisch umzingelt, würde aus russischer Sicht auch der Mittelmeerstützpunkt Tartus an der syrischen Küste wertlos werden. Daraufhin übernahm Russland völkerrechtswidrig mit Soldaten ohne Abzeichen die Macht – fast ohne Blutvergießen. Mit der Übernahme der Krim war für Russland das Vordringen der NATO jedoch noch nicht gestoppt. Mit wohl massiver russischer Hilfe übernahmen in der Ostukraine separatistische Rebellen in den Gebieten um Donezk und Luhansk im Donezbecken die militärische und politische Herrschaft. Sie lieferten der ukrainischen Armee heftige Gefechte ohne Rücksicht auf die zivile Gesellschaft.

In der Friedensbewegung geht die Formel um: Ukraine – Brücke zwischen West und Ost.

Diese Brücke muss auf zwei Pfeilern aufliegen: Auf gleichberechtigten wirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine nach Ost und West und auf dem zweiten Pfeiler der Neutralität der Ukraine. Diese soll keinem Militärpakt angehören dürfen. Die USA sind an keinem der Brückenpfeiler sonderlich interessiert. Sie sind wirtschaftlich mit Russland wenig verbunden und möchten den Handel mit der EU auf Dollarbasis verstärken.

Nach der zweiten Minsker Konferenz ist jedoch deutlich geworden: Die EU und Deutschland haben kein Interesse an der Eskalation des Konflikts. Die Aufgabe der deutschen Friedensbewegung ist es, diejenigen Kräfte anzusprechen und zu mobilisieren, die sich für eine kooperative Lösung mit zwei Brückenpfeilern einsetzen. Als eine Leitlinie könnte die Roadmap für den Frieden dienen, die ich gemeinsam mit Karl Grobe-Hagel in dem Dossier „Der Ukraine-Konflikt – Kooperation statt Konfrontation“ vorgeschlagen habe. Wichtige Punkte sind die Ausarbeitung einer föderativen Verfassung, die der Heterogenität der Ukraine gerecht wird, die Anerkennung und Respektierung der ukrainischen Neutralität und die tatsächliche Implementierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.



Prof. Dr. Andreas Buro ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Mitglied des IPPNW-Beirates.